

4. Die Entwicklungswege Asiens zum Kapitalismus

In seiner Studie über China kommt Max Weber zum Schluss, dass der Konfuzianismus anders als der Protestantismus die Entstehung des modernen Betriebskapitalismus in China bzw. Asien gehindert hat. Beim Konzept des asiatischen Modells handelt sich am meisten um diese asiatischen Werte und den starken Staat, der mit konfuzianischen Werten möglich gewesen wäre. Dieser Konzept asiatischen Entwicklungsmodells verschleiert jedoch gewissermaßen die jeweiligen Besonderheiten, und zwar die Anpassungsbemühungen jedes Landes an jeweiligen sozialen, politischen und auch internationalen wirtschaftlichen Bedingungen.

4.1 Die Konfuzianische Gesellschaft nach Max Weber

Wie Weber in Einleitung in „Wirtschaftsethik und Weltreligionen“ schon vermerkt hat, hat er den Idealtypus zum Vergleich der Ethiken konstruiert. Er benutzte eine Typologie, die kein „voll abgerundetes Bild der dargestellten Religionen“ (RS, 265) bieten kann. Der Gesichtspunkt, an dem er sich hier orientierte, war die „Art ihrer [Religionen] Beziehung zum ökonomischen Rationalismus, und zwar (...) zum ökonomischen Rationalismus von demjenigen Typus, der den Okzident als eine Teilerscheinung der dort heimisch gewordenen Art der bürgerlichen Lebensrationalisierung seit dem 16. und 17. Jahrhundert zu beherrschen begann“ (RS, 265).

4.1.1 Webers Verständnis des Konfuzianismus

Weber zufolge hat der Konfuzianismus die Entwicklung Chinas zum modernen Kapitalismus gehindert. Wobei ich nicht überprüfen will, ob er die chinesische Kultur bzw. den Konfuzianismus richtig und ganz verstanden hat, bzw. ob sein Verständnis berechtigt ist. Sowieso handelt es sich hier um Idealtypen, um den Unterschied zwischen der konfuzianischen und der protestantischen Ethik als Typen. Ferner stört solche Frage meine Annahme nicht, dass das Moment der Ausbreitung der Ethik wichtiger ist als die Identifizierung der Quelle der Ethik und dass Weber auch dieses Moment nicht vernachlässigt hat.

Bevor ich zur Sache komme, ist aber zu hinterfragen, ob der Konfuzianismus überhaupt als eine Religion anzusehen ist, und ob der Vergleich abendländischer Religionen mit dem Konfuzianismus möglich bzw. angemessen ist. Wenn aber der Konfuzianismus nicht als eine Religion im abendländischen Sinne angesehen wurde, muss es

dafür eine ausreichende Erklärung geben. Weber klassifiziert den Konfuzianismus⁵² ausdrücklich in die Kategorie ‚Ethik‘, und zwar innerweltliche. Die ganzen zwei Sätze, die er darüber geschrieben hat: „Der Konfuzianismus war, ebenso der Buddhismus, nur Ethik (>Tao<, darin) entsprechend dem indischen >Dhamma<. Aber er war, im schärfsten Gegensatz zum Buddhismus ausschließlich innerweltliche *Laiensittlichkeit*“ (RS, 441, vgl. RS, 266). In China gab es sogar überhaupt kein Wort für ‚Religion‘ (vgl. RS, 432), geschweige denn eine ‚Religion‘. Logischerweise sollte man im Konfuzianismus Religiosität oder Gott oder irgendwelche Begriffe, die es im Abendland bzw. Christentum für Religion gab und gibt, nicht suchen und mit den Wörtern und Begriffen keinen Vergleich anstellen. Weber hat trotzdem den Konfuzianismus als eine Religion zum Vergleich herangezogen. Ein Beispiel u.a.: Im Abschnitt ‚Resultat: Konfuzianismus und Puritanismus‘ wollte er „das Verhältnis des konfuzianischen Rationalismus (...) zu dem (...) Rationalismus des Protestantismus(,) verdeutlichen. Für die Stufe der Rationalisierung, welche eine **Religion** repräsentiert, (...)“ (RS, 512, Fettschrift: meine Hervorhebung). Bevor er zu dem Abschnitt ‚Resultat‘ kam, schien er beide immer als Religion zu behandeln. Welchen Sinn hat dann der Vergleich? Es scheint unangemessen zu sein, eine Religion mit einer Ethik, und zwar die einer Laiensittlichkeit zu vergleichen. Es werden hier zunächst kurz Webers Strategie und das Ergebnis des Vergleiches erläutert. Der Vergleich ist als eine Anwendung seiner Idealtypen anzusehen. Zuerst werden Idealtypen des Protestantismus und Kapitalismus nach seinen Gesichtspunkten gebildet, dann hat er die protestantische Ethik genetisch idealtypisiert. Zum Vergleich, also um zu überprüfen, ob irgendwelcher Zusammenhang der Ethik mit dem kapitalistischen Geist besteht, hat er wiederum diesen Geist konstruiert, in diesem Fall mit u.a. zwei Beispielen, nämlich das von Franklin und das vom Betriebsleiter. Nachdem es ihm gelungen war, zu zeigen, dass es zwischen beiden Idealtypen einen gewissen Zusammenhang gibt, ging er zur Frage über, die er eigentlich in der Religionssoziologie stellen wollte: Warum entstand der moderne Kapitalismus nur im Okzident? Jetzt hatte er ein Mittel, zu vergleichen im Hinblick auf ethische bzw. religiöse Lebensführung. Weil es in China keine Religion gab, ist sein Vergleich jedoch einigermaßen abgeflacht.

⁵² Wie Weber gefunden hat: „Der offizielle chinesische Name für den Konfuzianismus war: >Lehre der Literaten< (ju kiao)“ (RS, 432). Der Name verbirgt aber vielleicht noch etwas Wichtiges. Die Lehre des Konfuzius war eine von mehreren Lehren, nach seinem Wort: eine (Literaten-)Schule der gesamten (Literaten-)Lehren (vgl. ebd.). Ich benutze trotzdem weiter das Wort ‚Konfuzianismus‘, soweit es keiner strengen Unterscheidung zwischen Lehren bedarf.

Die meisten Vergleichspunkte liefern fast immer die Gegenbilder. Dazu sind hier zwei Beispiele aus dem Abschnitt ‚Resultat‘ aufgeführt, weil er dort vergleichsweise kurz und deutlich formuliert hat und es sich um die deutlichsten Unterschiede beider **Ethiken** handelt und schließlich auch der Unterschied zwischen religiösen und sozialpolitisch in der Realwelt verankerten Ethiken gezeigt wird.

„Der Konfuzianismus erforderte stetige wache Selbstbeherrschung im Interesse der Erhaltung der Würde des allseitig vervollkommenen perfekten Weltmannes, die puritanische Ethik im Interesse der methodischen Einheit der Eingestelltheit auf den Willen Gottes. Die konfuzianische Ethik beließ die Menschen höchst absichtsvoll in ihren naturgewachsenen oder durch die sozialen Über- und Unterordnungsverhältnisse gegebenen persönlichen Beziehungen. Sie **verklärte** diese, und nur diese, ethisch und kannte letztlich keine anderen sozialen Pflichten als die durch solche persönlichen Relationen von Mensch zu Mensch, von Fürst zu Diener, vom höheren zum niederen Beamten, von Vater und Bruder zum Sohn und Bruder, vom Lehrer zum Schüler, von Freund zu Freund geschaffenen **menschlichen Pietätspflichten**. Der puritanischen Ethik dagegen waren eben diese rein persönlichen Beziehungen, – obwohl sie sie natürlich, soweit sie nicht gottwidrig waren, bestehen ließ und ethisch regelte, – dennoch leicht verdächtig, weil sie Kreaturen galten“ (RS, 527, Fettschrift: meine Hervorhebung).

Hier finden sich schon die so genannten asiatischen Werte, die kürzlich politisch benutzt worden sind und über deren gelegentliches Missverständnis einige geklagt haben (siehe Kap. 3.1). Jedenfalls kann man hier Webers idealtypische Strategie für die Untersuchung deutlich erkennen. Wenn es aber nun um die ethischen Lebensführungen, die von Konfuzianismus und Protestantismus stammten vorgeschrieben werden, geht, kann der Vergleich in Hinblick auf bestimmte Gesichtspunkte berechtigt sein⁵³. Denn die chinesische bzw. ostasiatische Lebensführung ist tatsächlich vom Konfuzianismus am stärksten beeinflusst worden, und davon ist hier ja die Rede.

Der grundlegende, entscheidende Unterschied war und ist die Anschauung der Welt, ob sie mit oder ohne **Gott** aufgefasst wird⁵⁴. Menschen und Welt im Christentum sind von Gott erschaffen. Menschen werden mit Sünden geboren, sie werden nur von Gott entsündigt. Alle Handlungen sind an der Heilsgewissheit orientiert. Der einst als profa-

⁵³ Um zur Sache zu kommen, wäre es jedoch besser und angemessener gewesen, wenn er das Wort ‚Ethik‘ oder ‚soziale und/oder politische‘ Ethik öfter und ausdrücklicher verwendet hätte.

⁵⁴ In China gab es auch den Begriff bzw. die Vorstellung von Gott, wenn auch nur ansatzmäßig. Sie war jedoch nicht unpersönlich und wurde manchmal nur politisch benutzt, z.B. mit dem Spruch: „>Gott ist der Ausdruck der Herzen des Volkes<“ (RS, 454). Die Anwendungen solcher Vorstellung von Gott finden sich am meisten im Ahnenkult.

ne Versuchung verworfene Besitz und die dafür eingesetzte Arbeit sowie der Beruf wurden im Protestantismus als etwas Gottgewolltes und sogar Gottgewirktes angesehen. Die Welt war immer zu überwinden und zu beherrschen und bleibt somit in gewisser Spannung mit den Menschen. Beim Konfuzianismus war die Welt das Beste, was Menschen gestalten können, wenn die Welt in gewisser Ordnung steht und der Staat, also der Kaiser, das Seine dazu beiträgt. „Es gab das >radikal Böse< nicht, (...), sondern nur: Fehler“ (RS, 442), die durch **Bildung** korrigiert werden können. Man muss sich deshalb immer um die besten zwischenmenschlichen Beziehungen bemühen, sich an die bestehende Welt anpassen. Erlösung bzw. Heilsgewissheit als Motiv fehlte also beim Konfuzianismus⁵⁵.

Angenommen, dass man den Konfuzianismus dem Protestantismus als Religion gleichen kann in dem Sinne, dass die herrschenden Ethiken in beiden Kontinenten aus ihnen entstanden sind. Dann bekommen die Bilder andere Qualität(en). In beiden Fällen war das Moment der Entstehung und Ausbreitung die Spannung bzw. Konkurrenz zwischen politischen Kräften, wobei die protestantische Ethik aus Religion, der Konfuzianismus von Anfang an als ethische Lehre aus gesellschaftlicher Realität stammten. Die ökonomischen Erfolge als überzeugender Nachweis der Kraft der Ethik haben bei der Ausbreitung des Protestantismus eine wichtige Rolle gespielt. Bei der Ausbreitung des Konfuzianismus spielte stattdessen die Stabilisierung der patrimonialen Bürokratie die entscheidende Rolle. Das neu gebildete Reich ‚Tsin, nach langen chaotischen, ständigen Kampfstufen der Teilstaatszeit⁵⁶, brauchte eine neue Herrschaftsideologie. Der Aufstieg des Konfuzianismus zur orthodoxen Herrschaftsideologie war aber nicht leicht. Es gab Konkurrenz nicht nur außerhalb der Lehre, also zwischen verschiedenen Lehren, sondern auch innerhalb der Lehre, also zwischen Schulen des Konfuzianismus (vgl. RS, 454). Noch schlimmer wirkte auf die Intellektuellen die Politik des Kaisers⁵⁷, der alle Mächte zu monopolisieren versuchte und dies auch verwirklichte. Die Literaten sind vom Kaiser abhängiger und zu Beamten im mehr und mehr zentrali-

⁵⁵ Weber konstatierte endgültig, dass in China „die zentrale methodisch lebensorientierte Macht einer Erlösungsreligion“ (RS, 458) fehlte.

⁵⁶ Diese Periode ist uns Koreanern, als ‚Frühlings und Herbst- (770–476 v. Chr.) sowie Kampfstaaten (475–221 v. Chr.)-Periode‘ bekannt. Weiter bleibe ich aber bei seiner Benennung. In dieser Periode entstanden die meisten ursprünglichen chinesischen ‚Lehren‘ (vgl. H.G. Lee, 64, u.a. Fußnote 122; RS, 455).

⁵⁷ Der Kaiser des Tsin-Reiches, Shi Hoang Ti, ließ „die heiligen Bücher“ (RS, 327) verbrennen und „angeblich 460 Literaten lebendig begraben“ (ebd.). Zu bemerken ist, dass dieses Ereignis im Hauptwerk des Historikers Se Ma Tsien, von dessen Werken Weber viel zitiert hat, beschrieben wurde, wobei Weber dieses Horror zunächst nicht geglaubt zu haben schien: „wenn wir der Ueberlieferung glauben können“ (ebd.). An anderen Stellen hat er jedoch das Ereignis mehrmals zitiert.

sierten Reich geworden. Das Beamtentum im Zentrum und auch auf dem Land bestand aus diesen Literaten, die mit konfuzianischer Literatur gebildet und zur Aufnahme auf ihre Kenntnisse darüber geprüft wurden. Die zentralisierte Herrschaft und das Auswahlprinzip des Beamten blieben bis zur Moderne in abendländischer Zeit stabil, auch wenn es einige Ausnahmen und Richtungswechsel innerhalb der Lehre gegeben hat.

Der „Wandel der sozial ausschlaggebenden Schichten“ (RS, 241) hatte zwar „tiefgreifende Bedeutung“ (ebd.) für die soziale und politische Ethik. Der „einmal geprägte Typus einer Religion“ (ebd.) pflegte jedoch „seinen Einfluß ziemlich weitgehend auch auf die Lebensführung sehr heterogener Schichten auszuüben“ (ebd.). Im Gegensatz zu China, wo nach einigen Unterbrechungen immer wieder starke zentralisierte Hegemonialstaaten mit dem konfuzianisch gebildeten Literatentum herrschten, war die sozial ausschlaggebende Schicht im Abendland die bürgerliche wie „Handwerker, Händler, hausindustrielle Unternehmer und ihre Derivate“ (RS, 256), die ihre Bestände errungen haben. Das Besondere dieser Schicht war, „die Tendenz zum *praktischen* Rationalismus der Lebensführung“ (ebd.). Diese war ihr möglich, weil ihr Leben „von der ökonomischen Naturgebundenheit stärker“ (ebd.) losgelöst war. Ihre ganze Existenz beruhte „auf technischer oder ökonomischer Berechnung und Beherrschung von Natur und Menschen“ (ebd.). Obwohl sie auch die überlieferte ‚Lebenstechnik‘ verinnerlicht hat, bestand immer „die *Möglichkeit*, an die Tendenzen zum technischen und ökonomischen Rationalismus anknüpfend eine *ethisch* rationale Lebensreglementierung erstehen zu lassen“ (RS, 257). Selbstverständlich sind ihre Ethik und Lebensführung in Religionen, insbesondere im Protestantismus verwurzelt. Demgegenüber wurden die Literaten, die einzige Schicht in der chinesischen Gesellschaft, die fähig war, die Welt wissenschaftlich zu erfassen, bis auf wenige Ausnahmen nicht praktisch und nicht ‚metaphysisch‘ gebildet. Aus diesen Ausnahmen ist niemals eine orthodoxe, herrschende Lehre geworden, höchstens eine praktische Ergänzung der orthodoxen konfuzianischen Lehre. Die orthodoxen Konfuzianer mussten sich an der bestehenden Ordnung orientieren, sie rechtfertigen und verstärken. Sie handelten gegen die vorhandene ‚soziale‘ und ‚politische‘ Ordnung nur dann, wenn diese Ordnung nicht ihren geschriebenen, den besten Weg zeigenden Lehren angemessen war. Der Staat und das Beamtentum verstärkten sich gegenseitig in dieser Haltung und so blieb die chinesische Ethik konfuzianisch.

Die Ethik des Konfuzianismus, hier der Literaten, die ab und zu in extreme Förmlichkeit wie bei der Zeremonie für Ahnen zu münden pflegte, richtete sich auf die „**Schicklich-**

keit“ (RS, 444, meine Hervorhebung) in Höflichkeit und Anmut. Dem Menschenbild des Konfuzianismus, Kiün tse (vgl. RS, 449), entspricht, wer über konfuzianisch gut ausgebildete „wache Selbstbeherrschung, Selbstbeobachtung und Reserve, vor allem: **Unterdrückung der Leidenschaft**, die in jeder Form, auch **der der Freude**, das Gleichgewicht der Seele und ihre Harmonie, die Wurzel alles Guten, stört“ (RS, 445, Fettschrift: meine Hervorhebung.), verfügt. Das Ziel konfuzianischer Ausbildung ist der „in sich und in bezug auf die Gesellschaft harmonisch abgestimmte und ausgeglichene >höhere< (>fürstliche<, >vornehme<) Mensch<“ (RS, 444-445). Er soll „von allem irrationalen Begehren, (...), um der Einfügung in die Welt willen“ (RS, 445) losgelöst sein. Der ‚gut‘ gebildete, echt konfuzianische Mensch, der eine solche Ethik verinnerlicht hat, soll sich in keine Spannung mit seiner Umwelt versetzen. Der protestantische Mensch steht demgegenüber immer in gewisser Spannung mit der Welt, also mit Natur und Mitmenschen, und diese Spannung zwingt ihn, die Welt zu berechnen und zu beherrschen. Der konfuzianische Mensch muss das Verhalten des anderen auch **berechnen**, aber um solche Spannung zu vermeiden, und dafür muss er sein eigenes Verhalten **beherrschen**. Es handelt sich um einen Rationalismus der zweckrationalen Anpassung an die (Um-)Welt, an die menschlichen Beziehungen.

Nicht nur im Okzident oder woanders ist der Reichtum das Mittel zur Macht. Auch in China war Reichtum ein wichtiges Mittel im Kampf um politische Ziele (vgl. RS, 324). Die Grundvorstellung der Konfuzianer von ökonomischen Handlungen und dem Wirtschaften an sich war so auch nicht negativ (vgl. RS, 447ff.). Konfuzianer verwerfen eigentlich die Wirtschaftshandlung, oder das Wirtschaften und den Reichtum gar nicht, wenn schon, dann nur, wenn Reichtum nicht legal, wie durch Amtsmissbrauch, errungen wurde. Und weil wirtschaftliches Handeln wie Feilschen die Menschen unanständig macht, muss ein gebildeter Konfuzianer solche Handlungen **vermeiden**. Sie sind also nicht gegen Arbeit oder Reichtum an sich. Die florierende Wirtschaft und der Wohlstand der Völker waren zumal das wichtigste politische Ziel des konfuzianischen Staates. So muss man fragen, ob das Nichtvorhandensein der Vorstellung von Gott an sich und der Konfuzianismus, der die Vorstellung über Gott im abendländischen Sinne abgewehrt hat, an der Verzögerung der kapitalistischen Entwicklung moderner Art allein Schuld haben.

Eine Antwort auf die Frage kann man darin finden, dass China eine Agrargesellschaft war. Im Gegensatz zu den Bevölkerungen in europäischen Ländern, die „von der ökonomischen Naturgebundenheit stärker“ (RS, 256) losgelöst waren, vielleicht mit Ausnahme von Frankreich, wo ja selbst der Protestantismus schwer durchzusetzen war,

hing die chinesische Lebensgrundlage stark von der Natur ab. Demgemäss ist auch die chinesische Vorstellung von einer Gottheit stärker und länger als die des Okzidents an natürlichen Ereignissen orientiert geblieben. Die chinesischen Bemühungen, Natur zu ‚berechnen‘ und zu ‚beherrschen‘, haben zu den nötigen technischen Entwicklungen geführt (vgl. RS, 440, Fußnote 1; Weber wies hier allerdings auf Erfindungen zur militärischen Anwendung hin.).

Wie in jeder Gesellschaft muss es in China Spannungen in der Lebensführung zwischen Herrschenden und Beherrschten gegeben haben. Für den Okzident formulierte Weber dieses Verhältnis als „Zwiespalt zwischen der Stellungnahme der Amtskirche und der unklassischen Volksreligion“. Dem Konfuzianismus gelang es, wie schon erwähnt wurde, „nicht nur diese Volksgottheiten selbst, sondern auch alles für ihren eigenen ethischen Konventionalismus Anstößige aus der kanonisierten Literatur pädagogisch auszumerzen“ (RS, 461). Er konnte so zwar seine absolute Stellung als orthodoxe und fähige Herrschaftsideologie legitimieren. Jedoch hat er die anderen Kulte nicht völlig ausgeschlossen, indem er sie als „eine teils (..) nur offiziös gepflegte, teils nur geduldete, teils mit Mißtrauen angesehene *Privatangelegenheit*“ (RS, 462) bestehen ließ. Das hat zur Folge, dass es in China, anders als im Abendland, wo alle religiösen Vorstellungen vom Christentum ‚sublimiert‘ wurden, die mehrere Volksreligionen, wenn man sie als ‚Religion‘ bezeichnen darf, parallel zum Konfuzianismus gegeben hat und dass sie gegeneinander gewirkt, sich also gegenseitig beeinflusst haben.

Der Taoismus, den Weber als Heterodoxie der konfuzianischen Lehre bezeichnet, kann einen Aufschluss darüber liefern. Was der Taoismus als Heterodoxie bestehen ließ, drehte sich nicht um die Grundlehre, also die Erreichung und Erhaltung des Gleichgewichts der Seele, sondern um deren Mittel. Um den Tao, also „die ewige Ordnung des Kosmos“ (RS, 467), zu erreichen, schlägt der Taoismus die „Nichttätigkeit (Wu-Wei)“ (ebd.) vor, während der orthodoxe Konfuzianismus das ständige Lernen, also die Bildung betont. Das taoistische Grundmuster lautet so: „Himmel und Erde sind als die größten Götter durch die absolute Selbstlosigkeit ihrer Leistungen für den Menschen legitimiert, durch jene bedingungslose Güte, welche nur dem Göttlichen eignet und (...) der Grund der dem allein ewigen Tao wenigstens angenäherten *Dauer* dieser Naturmächte ist“ (RS, 467). Tao ist also eine Ordnung der Naturmächte, die über den Menschen existiert und die die Menschen nicht stören sollten. Im Mittelpunkt des Taoismus steht somit nicht die soziale, sondern die natürliche Ordnung, im gewissen Sinne die übernatürliche Ordnung, ‚Tao‘. Deshalb lehnen die Taoisten jede ‚künstliche‘ Zivilisation der Menschheit ab und „forderten die Rückkehr zum Naturzustand und pre-

digten Freiheit und Unabhängigkeit des Menschen, dessen Trachten allein auf das Einswerden mit der Natur gerichtet ist“ (Lee, H. G., 1997, 73). Ferner plädierten sie daher politisch für „möglichst *wenig* Bureaucratie, bei dem Mystiker [Taoisten, also], dessen Selbstvervollkommnung durch staatliche geschäftige Zivilisationspolitik ja unmöglich gefördert werden konnte“ (RS, 469). Die ‚Erlösung‘, die auch beim Taoismus immer noch die ‚Vervollkommnung‘ heißt, richtet sich stark auf das Individuum. Neben dem politischen Gegensatz wurde der Taoismus daher von der Orthodoxie als ‚egoistisch‘ kritisiert. Trotz des ‚mehr‘ religiösen Charakters des Taoismus kann er seine Lehre nicht konsequent genug entwickeln, so dass man auch beim Taoismus den Begriff ‚Gott‘ im christlichen Sinne vergebens sucht und dementsprechend keine Spannung zwischen Gott und Welt sowie Menschen und deren Sublimierung findet.

Was den Taoismus noch Heterodoxie bleiben ließ, war, dass der Meister, vor allem der Gründer Laotse, aus konfuzianischer Schicht stammt, so dass auch er den ‚positiven Wert der Regierung‘ schon verinnerlicht hat. Er konnte die herrschende Sozialethik nicht ablehnen. Wie der orthodoxe Konfuzianismus erkannte der Taoismus die andersartige Magie oder Mystik an. „Der Mystiker >genießt< Tao. Die andern, die das nicht können oder wollen, mögen genießen, was ihnen zugänglich ist“ (RS, 472). Somit ließ er jede Art von Magie zu, und sie ihrerseits florierte. Für die Bevölkerung stellten sich solche Vorgänge nicht nur als positiv, sondern vielmehr als negativ dar, im Hinblick auf die Bildung der Rationalität der Beherrschung der Natur. „Die der Orthodoxie und Heterodoxie gemeinsame **Duldung** und die dem Taoismus eigene positive *Pflege* der Magie und der animistischen Vorstellungen haben praktisch den Fortbestand der ungeheuren Macht dieser im chinesischen Leben entschieden“ (RS, 481, Fettschrift: meine Hervorhebung). Mit den immer mehr ins Abseits gedrängten naturwissenschaftlichen Kenntnissen verwandelte sich die Welt für Chinesen in einen „Zaubergarten“ (RS, 484). Der Taoismus und die Magie bzw. magische primitive Religion blieben so weit verbreitet, dass sie Weber als „konstitutionelle Grundlagen der chinesischen Regierungsmachtverteilung“ (RS, 485) erschienen. Trotz solchen Vordringens der Magie war die Lebensführung der breiten Bevölkerung noch immer konfuzianisch geprägt. Das kam daher, dass das Reich nach konfuzianischen Prinzipien der Ordnung, von denen das Prinzip ‚Pietät‘ am grundlegendsten war, konstruiert war. „Letztlich waren, material, die Scheidungen orthodoxer und heterodoxer Lehren und Praktiken ebenso wie alle entscheidenden Eigentümlichkeiten des Konfuzianismus durch seinen Charakter als einer ständischen Ethik der literarisch geschulten Bürokratie einerseits, andererseits aber durch die Festhaltung der Pietät und speziell der Ahnenverehrung als der politisch un-

entbehrlichen Grundlage des Patrimonialismus bedingt. Nur wo diese Interessen bedroht schienen, reagierte der Selbsterhaltungsinstinkt der maßgebenden Schicht mit dem Stigma der Heterodoxie“ (RS, 498–499). Entscheidend für die Existenz der heterodoxen Lehre und der primitiven Religion bzw. Magie war die Duldung des orthodoxen Konfuzianismus: in einer echten konfuzianischen Weise, die das harmonische Zusammenleben betont.

Der Konfuzianismus hat sicherlich dazu beigetragen, dass die gesellschaftlichen Grundlagen (Mangeln an Geldwirtschaft, rationalem Rechtssystem und rationaler Bürokratie mit Fachbeamten) für den modernen Kapitalismus bzw. dessen Entstehung mangelhaft blieben. Wie auch Weber ausdrücklich betont hat, ist die Religion bzw. die Ethik, die aus Religion oder ähnlichen Ideen stammt, nicht der einzige Faktor, der eine gewisse Wirtschaftsethik formt. Vor allem muss man im Falle der Entwicklung des chinesischen Rationalismus darauf achten, dass die Erstickung der formalen Rationalität, der kühlen Kalkulation, die eine wichtige Voraussetzung bzw. eines der Charakteristika des modernen Kapitalismus darstellt, in China ein Ergebnis der erbitterten Konkurrenzkämpfe zwischen politischen Mächten war, die mehr als 500 Jahre andauerten. Diese chaotischen und hartnäckigen Zustände blieben im ‚gesellschaftlichen Gedächtnis‘ und resultierten in Wille und Wunsch nach Frieden und Harmonie, die nicht nur die Herrschaft brauchte. Wie stark die Bevölkerung unter Unfrieden und Konflikten gelitten hat, kann man erahnen. In den daran anschließenden Perioden wurde logischerweise versucht, den Staat zu stabilisieren, die dazu nötige Ideologie zu finden bzw. neu zu schaffen. Das Ergebnis waren das stark zentralisierte patrimoniale Reich und der Konfuzianismus. Das einmal so gebildete Reich mit nach seinem Geschmack ausgewählten Beamten konnte die Hegemonie genießen, solange die Bevölkerung solche Zustände im Gedächtnis hat. Die Literaten hatten ihrerseits kein Interesse an der Änderung der Ordnung mehr, solange sie standesgemäß ihr Wohlhaben gesichert sahen. Ihnen fehlte das Motiv, an der Welt zu zweifeln und damit die Welt zu beherrschen.

4.1.2 Die Struktur der chinesischen Gesellschaft

Weber bezeichnete den modernen Betriebskapitalismus als das Ergebnis verschiedener Rationalisierungsprozesse (vgl. RS, 4). Grob gesehen war dieser Prozess das Zusammenwirken des Intellektualisierungs- und Entzauberungsprozesses. Das Fachmenschentum, das Fachbeamtentum und das rationale Recht gehören auch zu den wichtigen Ergebnissen der Rationalisierung. Ihrerseits haben sie aber auch zur Entwicklung des modernen Kapitalismus beigetragen. Im Gegensatz zu der Entwicklung im Abendland hat es in China diese Prozesse nicht gegeben. Die Suche nach den Gründen dafür unternimmt Weber in seiner Studie über Weltreligionen. Grob gesehen fehlten in China die nötigen Voraussetzungen im Vergleich zum Abendland. Dazu zählen: mangelnde Geldwirtschaft, das Fehlen formalen Rechts, relativ schwache Autonomie der Städte bzw. die patrimoniale (Zentral-)Herrschaft. Dies alles hat Weber auf den Einfluss des Konfuzianismus zurückgeführt.

Das rationale Recht und die moderne Bürokratie mit Fachbeamten sind die Hauptsäule des modernen rationalen Staates. Was dieses Recht charakteristisch und notwendig für die Entwicklung des Kapitalismus macht, ist, dass es „berechenbar“ (WG, 817) ist. Ein Recht, „das sich ähnlich berechnen läßt wie eine Maschine“ (ebd.), braucht der moderne Kapitalismus. Solches Recht wurde aber dadurch geschaffen, „daß der moderne Staat sich mit den Juristen verbündete, um seine Machtansprüche durchzusetzen“ (ebd.). Abgesehen davon, was dieses rationale Recht praktisch bedeutet und wie es sich auswirkt, gewährleistet es die Ordnungen, die der Kapitalismus braucht, vor allem „die materiale wirtschaftliche Vertragsfreiheit“ (WG, 94). ‚Formal‘ gilt das Recht für alle Beteiligten gleich, ist unpersönlich und daher ohne „Willkür“. Formalität des Rechts als konkrete Bestimmung und unpersönliche Gültigkeit und die ‚individuelle Freiheit‘ wirken so zusammen, dass jedermann einen Vertrag abschließen kann, die Gesellschaft über Verträge organisiert wird. Die wirkliche Bedeutung des formalen Rechts, der Vertragsfreiheit, sah und sieht aber ganz anders aus.

„Denn die formal noch so große Mannigfaltigkeit der zulässigen Kontraktsschemata und auch die formale Ermächtigung, nach eigenem Belieben unter Absehen von allen offiziellen Schemata Kontraktinhalte zu schaffen, gewährleistet an sich in keiner Art, daß diese formalen Möglichkeiten auch tatsächlich jedermann zugänglich sind. Dies hindert vor allem **die vom Recht garantierte Differenzierung der tatsächlichen Besitzverteilung**. Das formale Recht eines Arbeiters (...) bedeutet für den Arbeitssuchenden praktisch nicht die mindeste Freiheit in der eigenen Gestaltung der Arbeitsbedingungen und garantiert ihm an sich auch keinerlei Einfluß darauf. Sondern mindestens zunächst folgt daraus lediglich **die Möglichkeit für den auf dem Markt Mächtigeren**, in diesem Falle normalerweise den Unternehmer, diese Bedingungen nach seinem Ermessen festzustellen, sie dem Arbeitssuchenden zur An-

nahme oder Ablehnung anzubieten und bei der durchschnittlich stärkeren ökonomischen Dringlichkeit seines Arbeitsangebots für den Arbeitsuchenden diesem zu oktroyieren. **Das Resultat der Vertragsfreiheit ist also in erster Linie: die Eröffnung der Chance, durch kluge Verwendung von Güterbesitz auf dem Markt diesen unbehindert durch Rechtsschranken als Mittel der Erlangung von Macht über andere zu nutzen**” (WG, 439, meine Hervorhebung).

Die praktische Bedeutung des Rechts im Hinblick auf die Wirtschaft deutet einerseits an, dass Kampf um die Marktmacht herrscht. Und in Hinsicht auf Rationalität ist der formale und unpersönliche Charakter des rationalen Rechts von Bedeutung, weil dadurch Handlungen berechnet, d.h. vorhersehbar gemacht werden können. Sein Ursprung besteht in der Konkurrenz zwischen neu sich bildenden Nationalstaaten (vgl. WG, 815).

Eine andere Stütze des modernen rationalen Staates stellt die Bürokratie dar. Die bürokratische Verwaltung gab es schon vor der modernen Zeit. Charakteristisch ist an der modernen Bürokratie, dass sie aus fachgerecht geschulten, von Interessen der Herrschaft formal unabhängigen Beamten besteht. Die allgemeinen Eigenschaften dieser Verwaltungsform sind:

- „1. persönlich frei nur sachlichen Amtspflichten gehorchen,
2. in fester Amtshierarchie,
3. mit festen Amtskompetenzen,
4. kraft Kontrakts, also (prinzipiell) auf Grund freier Auslese nach
5. Fachqualifikation, (...) angestellt (nicht: gewählt) sind,
6. entgolten sind mit festen Gehältern in Geld, meist mit Pensionsberechtigung, unter Umständen allerdings (...) kündbar auch von seiten des Herrn, stets aber kündbar von seiten des Beamten; dies Gehalt ist abgestuft primär nach dem hierarchischen Rang, daneben nach der Verantwortlichkeit der Stellung, im übrigen nach dem Prinzip der >Standesgemäßheit< (...),
7. ihr Amt als einzigen oder Haupt-Beruf behandeln,
8. eine Laufbahn: >Aufrücken< je nach Amtsalter oder Leistungen oder beiden, abhängig vom Urteil der Vorgesetzten, vor sich sehen,
9. in völliger >Trennung von den Verwaltungsmitteln< und ohne Appropriation der Amtsstelle arbeiten,
10. einer strengen einheitlichen Amtsdizziplin und Kontrolle unterliegen“ (WG, 126).

Die bürokratische Verwaltung findet sich in allen historischen Epochen und Herrschaftsformen. Die entscheidenden Punkte, die die Bürokratie des modernen rationalen Staates von anderen Verbindungsformen unterscheiden, sind die fachgerecht geschulten Beamten, die Garantie der Fachkompetenz und die Trennung der Herrschaftsmittel von den Beamten. Was den modernen Betriebskapitalismus betrifft, so sind dieselben Organisationsprinzipien auch da zu finden. Die entscheidende Gemeinsamkeit zwischen beiden ist die Aneignung, milder ausgedrückt, die Trennung der Betriebsmittel von Arbeitern oder Angestellten oder Beamten. Der moderne kapitalistische

Betrieb stützt sich also auf der möglichst exakten Kalkulation, er ist zu empfindlich „gegen Irrationalitäten des Rechts und der Verwaltung“ (PS, 323). Für seine Existenz braucht auch der moderne Betrieb „eine Justiz und Verwaltung, deren Funktionieren wenigstens im Prinzip ebenso an festen generellen Normen rational kalkuliert werden kann“ (WG, 826, vgl. PS, 322 f.).

Es gab in China einige Voraussetzungen zur Entwicklung zum modernen Kapitalismus, wie eine florierende Wirtschaft einschließlich des Außenhandels, das dazu nötige Verkehrswesen wie Binnenschifffahrt, eine entwickelte Technik mit zahlreichen Erfindungen und nicht zuletzt eine bürokratische Verwaltung. Gleichzeitig sieht Weber aber auch die Faktoren, die den modernen Kapitalismus verhinderten. Zuerst konstatiert er, dass die Geldwirtschaft im alten China sehr unreif, ja chaotisch war. Es gab immer wieder Schwankungen des Geldwerts, wenn eine Sorte von Geld einmal geschaffen war. Die Münzen waren von sehr schlechter Qualität und immer wieder mussten neue Sorten ‚gegossen‘ werden. Die Minen, in der Metall, vor allem Kupfer gewonnen werden sollte, waren auch in sehr schlechtem Zustand⁵⁸. Vor alledem ist der Staat „mit dem Versuch der Durchführung der Geldwirtschaft“ (RS, 290) gescheitert. „China war, (...) schon seit einer für uns vorhistorischen Zeit ein Land der großen umgemauerten *Städte*“ (RS, 276). Die Städte waren da, aber sie hatten keinen ‚politischen Sondercharakter‘, also keine Autonomie, kein Bürgertum und keine Gildenkultur wie Städte im Okzident. Diese Charakteristika der Städte beruhten auf dem Konstruktionsprinzip der Gesellschaft, die aus kleinen Sippen bestand. Hinsichtlich des Organisationsprinzips der Gesellschaft bildeten Familien oder Sippen den Grundstein, aber die Unterscheidung zwischen Innengruppe und Außengruppe war sehr streng. Im Gegensatz dazu war diese Unterscheidung im Abendland mit Hilfe der Religion überwunden worden. Das chinesische Konstruktionsprinzip der Gesellschaft repräsentiert sich auch in staatlichen Herrschaftsstrukturen. Der dritte hemmende Punkt war das Rechtssystem. Nicht nur herrschte in China das Prinzip, „>Willkür bricht Landrecht<“ (RS, 391), sondern die Richter waren auch typische „Patrimonialrichter“ (ebd.). Das heißt, es wurde nicht nach formalen Regeln entschieden, obwohl China kodiertes Recht gehabt hat.

Dies alles ist laut Weber auf den Konfuzianismus, also die konfuzianische Weltanschauung zurückzuführen. In China gab es zwar auch den ‚Erwerbstrieb‘, es handelte sich aber um einen „utilitarischen Rationalismus. (...) Es fehlte ihm die zentral, von in-

⁵⁸ Die geomantische Vorstellung hinderte das neue Bergwerk zum Gewinn der Kupfer. Die weitere wichtige Voraussetzung für den modernen Kapitalismus wie Verkehrswesen wurde aufgrund dieser Geomantik nicht entwickelt (vgl. RS, 483-484).

nen heraus, religiös bedingte rationale Lebensmethodik des klassischen Puritaners, für den der ökonomische Erfolg nicht letztes Ziel und Selbstzweck, sondern Mittel der Bewährung war“ (RS, 530). Wie Collins betont hat (vgl. Collins, 1986, 121), ist das eine interessante Behauptung Webers, weil er mehrmals betont hat, dass eine Idee bzw. Religion allein die Wirtschaftsethik nicht bestimmen kann. Auch wenn eine Idee allein so etwas nicht leistet, kann sie doch andere konstituierende Teile einer Gesellschaft stark beeinflussen, wie wir hier im Fall Chinas sehen. Der Fall war ein krasses Gegenbeispiel zur protestantischen Ethik, die zur Bildung der Wirtschaftsgesinnung entscheidend beigetragen hat. Die hemmenden Faktoren in China sind jedoch in der Gesellschaftsstruktur zu suchen, die sich wiederum in der damaligen chinesischen Ethik widerspiegelt. Diese Ethik wurde vor allem vom Literatentum getragen, das sich auf den Konfuzianismus stützte. Die Ethik bzw. die Lebensführung des Konfuzianismus bezeichnet Weber als ‚rationale Anpassung an die Welt‘. Die Rationalität dieser Ethik besteht darin, dass sich das Verhalten angemessen an dem der anderen ausrichten soll, wobei das Jenseits als die am besten geschaffene Welt gilt. So wird die Rationalität der Handlung nur daran gemessen, ob sie das harmonische Zusammenleben gefährdet oder nicht. Dieser entscheidende Unterschied, Anpassung an die Welt und Beherrschung der Welt durch Berechnung, führte zu unterschiedlicher Entwicklung.

Abschließend soll hier die Bildung des chinesischen Reichs und dessen Einfluss auf die Gesellschaftsstruktur mit Hinblick auf die Konkurrenz noch einmal kurz erwähnt werden. Wie Weber mehrmals betont hat, ist die Konkurrenz der wichtige Faktor für die steigende Rationalität bzw. Rationalisierung. Wenn die Konkurrenz sich abschwächt, wie nach der Teilstaatzeit in China, wird die Notwendigkeit der Kalkulation, die sich wiederum als wichtiger fördernder Faktor der Rationalität darstellt, also der Berechnung der Wirtschaftshandlungen, auch geschwächt. Über diesem Sachverhalt in Hinsicht auf die chinesische Geschichte hat Weber am Ende des Abschnitts ‚Resultat‘ geschrieben: „Krieg und Kriegsvorbereitung konkurrierender Staaten hat China in der Vergangenheit ebenfalls reichlich gekannt“ (RS, 535). Tatsache ist, dass es in China nach dieser Zeit (nach Jahr 221 v. Chr.) keine ernsthafte Konkurrenz zwischen Staaten innerhalb des chinesischen Territoriums, anders als im Mittelalter im Okzident, gegeben hat. Es gab nur den Wechsel von einem Reich zum anderen, und zwar mit wenigen Ausnahmen zu einem starken Einheitsreich. Auch auf die somit abgeflachte Konkurrenz kann daher die fehlende bzw. unreife Vorbedingung Chinas zur Entwicklung des modernen Betriebskapitalismus zurückgeführt werden.

4.2 Kollektivismus und das Soziale: *Hongkong, Taiwan, Singapur*

Hinter der Debatte über asiatische Werte steckt die Tatsache, dass die asiatischen Schwellenländer (Hongkong, Korea, Singapur und Taiwan), anders als die meisten Entwicklungsländer, vor allem die in Lateinamerika, seit den 50er bzw. 60er Jahren das anhaltende Wirtschaftswachstum geschaffen haben. Den Unterschied zwischen den beiden Regionen und die Gemeinsamkeit zwischen den asiatischen Ländern haben einige Beobachter in der Kultur, in den sozialen Werten gefunden. In diesen Ländern scheinen die so genannten asiatischen Werte eine gewisse Rolle bei der Entwicklung gespielt zu haben, in dem Sinne, dass sie überhaupt ihre Bevölkerung zur Industrialisierung mobilisieren konnten, und dass sie dabei mehr oder weniger den entschlossenen Willen bzw. das Bewusstsein der Bevölkerung, Armut überwinden zu wollen, geweckt haben. Wenn man aber die Entwicklung Asiens näher betrachtet, findet man heraus, dass die Debatte über asiatische Werte willkürlich geführt wurde. Die Werte und die sozialen Normen fallen nicht einfach an einem Tag vom Himmel. Wie können sie plötzlich als fördernder Faktor für wirtschaftliche Entwicklung angesehen werden, obwohl sie bis vor 40 Jahren noch gar nicht funktioniert haben. Dass die Kultur in jeder Gesellschaft eigenartig ist und dass es in einer gewissen Region und Zeit dominante Kulturen oder auch Zivilisationen gibt, ist nicht umstritten. Das belehrt uns die Geschichte. In Hinsicht auf den gesellschaftlichen Wandel kann Kultur aber nicht die einzige begreifbare unabhängige Variable für die Erklärung sein. Selbst Werte, die in einer Region den gleichen Stellenwert zu haben scheinen, wirken sich auf den sozialen Wandel, hier speziell die wirtschaftliche Entwicklung anders aus. Dass die Entwicklungsstrategien in asiatischen Schwellenländern eine gewisse Gemeinsamkeit, aber auch erhebliche Unterschiede zeigen, ist Anhaltspunkt dafür, dass die jeweiligen politischen, sozialen und ökonomischen Grundlagen der einzelnen Gesellschaften einen noch stärkeren Einfluss auf die Entwicklung als Kultur ausgeübt haben. Den Ländern waren autoritäre Herrschaft und exportorientierte Industrialisierungsstrategie gemeinsam und sie waren und sind arm an natürlichen Ressourcen, aber haben über relativ gut ausgebildete Arbeitskräfte verfügt. Alle vier Länder haben die Kolonialzeit hinter sich. Die Einzelheiten der Entwicklungswege und die Vorbedingungen für die errungenen Entwicklungen zeigen jedoch Besonderheiten, in denen sich die jeweiligen gesellschaftlichen, historischen und auch politischen Grundlagen widerspiegeln.

Hongkong:

Im Jahr 1997 wurde Hongkong nach dem Ablauf des Pachtvertrages wieder an China zurückgegeben. Hongkong, das vor 150 Jahre in die Hand Großbritanniens gefallen war, ist inzwischen mit Singapur das Handels- und Finanzzentrum Asiens geworden. Seine Entwicklungsgeschichte ist einzigartig, anders als die der meisten Kolonien in Asien und auch auf anderen Kontinenten. Hongkong wurde von Anfang an als geopolitisch wichtiger Stützpunkt des Westens für den asiatischen bzw. chinesischen Markt angesehen. Im Wettbewerb mit anderen imperialistischen Ländern obsiegte Großbritannien und konnte seine Vorherrschaft in China behaupten. Nach der Niederlage im ersten Opiumkrieg unterzeichnete China den Nanking-Vertrag, in dem China Hongkong übergeben musste. Im Verlauf von dem Wettbewerb mit anderen Städten wurde die Infrastruktur, die bessere Verbindungen zu China ermöglichen sollte, ausgebaut. Hongkong wurde von einem britischen Gouverneur regiert, der auf Zeit ernannt wurde und der Mitglieder des Exekutiv- und Legislativrates ernennen konnte.

Auch nach dem 2. Weltkrieg war der Handel immer noch die wichtigste Einnahmequelle Hongkongs. Hongkong war fast die einzige Brücke zwischen dem Westen und China, das seit dem 1949 von der kommunistischen Partei regiert wird. Aufgrund des Handelsembargos gegen China im Jahr 1951, das nach der Einmischung Chinas in den Koreakrieg verhängt wurde, sah sich Hongkong gezwungen, andere Industrien zu fördern. Zur so erzwungenen exportorientierten Industrialisierung haben die Flüchtlinge aus China, hauptsächlich aus der Provinz Kanton und der Stadt Shanghai, beigetragen, und zwar dergestalt, dass sie, wie im Fall Taiwans, Kapital, unternehmerisches Talent und nicht zuletzt komplette Industrieanlagen mitgebracht hatten. Von den Flüchtlingen⁵⁹ aus China wurden in Hongkong die billigen Arbeitskräfte gebildet, die in der arbeitsintensiven Leichtindustrie wie Textilindustrie oder Elektronik eingesetzt wurden. Bis zum Anfang 70er Jahre hatte sich diese Industrie ohne Konkurrenz weiter entfaltet, wobei die Integration in den Weltmarkt und die USA als Importland dieser Produkte bei der Entwicklung eine große Rolle gespielt hat. In den 70er Jahren wuchs der Konkurrenzdruck auf die arbeitsintensive Leichtindustrie durch die noch billigeren Produkte insbesondere aus asiatischen Entwicklungsländern. Es wurde damit begonnen, die Industrien zu diversifizieren und die alte Industrie wie der Handel wieder zu forcieren.

⁵⁹ Die Bevölkerung in Hongkong wuchs von ca. 600.000 nach Ende des 2. Weltkrieges auf 1,8 Mio. im Jahr 1947. Sie wuchs noch einige Male sehr stark, und zwar in den Jahren 1961/62 und 1966/67 sowie 1978. Jeweils wurden die Einwanderungen von chinesischen Politikern wie Kulturrevolution oder Nachlassung der Ausreisekontrolle verursacht. Die Einwohnerzahl erreichte im Jahr 1978 fast 6 Mio. (Bürklin, 1993, 77–78).

Ab den 80er Jahren ist der Handel wieder Haupterwerbzweig geworden, vor allem hat der Handel mit China in großem Umfang zugenommen⁶⁰. Mit der Entwicklung des Handels ist der Finanzsektor mitgewachsen, wobei hier auch die chinesische Außenpolitik eine wichtige Rolle gespielt hat.

Was die Entwicklungsgeschichte Hongkongs im Vergleich zu anderen Schwellenländern unterschiedlich und einzigartig macht, ist, dass die Entwicklung hauptsächlich von den kleinen Unternehmen getragen wurde. Die Unternehmer und die Arbeiter Hongkongs werden als ‚mobil‘ und ‚schnelle Profite suchend‘ bezeichnet. Sie bevorzugen die Familienunternehmen oder Unternehmen mit engen Partnerschaft. Diese pragmatische und individualistische Kultur bei der Unternehmensbildung entstammt einerseits aus der Herkunft dieser Unternehmer und Bevölkerung, andererseits aus dem langjährigen gesellschaftlichen Klima Hongkongs. In Hinblick auf exportorientierte Industrialisierung ist die Rolle der kleinen Unternehmen eher spontan und unplanmäßig⁶¹. Denn das Handelsembargo gegen China, das nicht vorhersehbar gewesen ist, hat den Wechsel vom Handel zu den verarbeitenden Industrien verursacht. Diese Aufgabe haben die privaten chinesischen Unternehmer, die über reiche Erfahrungen auf dem Gebiet des internationalen Handels verfügten, übernommen. Die Unternehmen haben den nordamerikanischen Markt neu erschlossen. Der Anteil der verarbeitenden Industrie wuchs von 29% im Jahr 1960 auf 45% im Jahr 1970, während er schätzungsweise nur 4% im Jahr 1954 betrug (Chau, 1993, 18, Tabelle 6b).

Die Gewerkschaften haben zu dieser Entwicklung beigetragen in dem Sinne, dass das Lohnniveau niedrig geblieben ist. Das war jedoch nicht das Ergebnis der Kooperationsbereitschaft der Arbeiter, die nach irgendwelchen kulturellen Werten handelt, sondern das Ergebnis einer Reihe demographischer und politischer Entwicklungen. Die Arbeitskräfte, die in der arbeitsintensiven Leichtindustrie mit niedrigen Löhnen einsetzbar waren, bestanden hauptsächlich aus von China herübergekommenen Flüchtlingen, die seit 1949 in Hongkong ihre neue Heimat gefunden haben. Der Zustrom führte zu einem Überangebot an Arbeitskräften und somit wurde das ohnehin niedrige Lohnniveau weiter durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Die Arbeiter selbst konnten nicht aktiv ihre Rechte behaupten, denn die meisten waren Flüchtlinge und wurden mit der

⁶⁰ Mit dem Wachstum hängt die chinesische Politik eng zusammen. Die neue ökonomische Politik strebt nach Öffnung des chinesischen Marktes. Mit Sonderwirtschaftszonen sind die Regionen an der Grenze zu Hongkong wirtschaftlich stark gewachsen.

⁶¹ Nicht nur die Rolle der kleinen Unternehmen, sondern auch „the transformation from entrepot to industrial city was achieved ‚without planning or even premeditation“ (Krause, S. 49, zitiert nach Edward Chen).

Ausweisung bedroht, falls sie an politisch unerwünschten Aktivitäten teilnahmen⁶². Die organisierten Gewerkschaften waren in zwei Fronten geteilt. Die FTU, die an der Seite der kommunistischen Partei Chinas steht, und die TUC, die enge Beziehung mit der taiwanesischen Kuomintang hat, haben die gesamte Arbeiterschaft gespalten. Ferner akzeptierten beide Dachorganisationen die gesetzliche Beschränkung, dass sie die nicht-politische Vertretung ihrer Mitglieder sein sollten. So legten sie als eine Form der Unterstützungskasse den Schwerpunkt ihrer Aktivität nur auf das soziale Gebiet (Bürklin, 1993, 86). Die Kolonialregierung brauchte somit nicht aktiv die Industrialisierung zu planen, auch nicht in die industriellen Beziehungen zu intervenieren. Ihre hauptsächliche Aufgaben bestand im Ausbau der Infrastruktur und in der Sozialpolitik wie Bildung oder öffentlicher Wohnungsbau. Ihre Politik wurde daher als ‚positive non-interventionism‘ (Chau, 1993, 9) bezeichnet.

Taiwan:

Taiwan hat eine einzigartige politische Geschichte. Die Insel Taiwan (Formosa) wurde 1590 von Portugiesen ‚entdeckt‘, von 1624 bis 1642 von Holländern, dann von Spaniern besetzt. Die erste große Übersiedlung vom Festland auf die Insel fand in der holländischen Kolonialzeit statt. 1683 wurde Taiwan von der Qing-Dynastie (1644–1911) in die Provinz Fujian eingegliedert. Den Status einer eigenen Provinz bekommt Taiwan 1887, wurde aber 8 Jahre später nach der Niederlage Chinas an die japanische Kolonialmacht übergeben. Die bedingungslose Kapitulation Japans im Jahr 1945 bedeutete aber noch nicht die Unabhängigkeit der Taiwanesen. Die nationalchinesische Regierung (Kuomintang) verbrachte in großem Umfang demontierte Güter auf das Festland. Nach der Niederlage der KMT gegen die KP mit Mao übersiedelten Chian Kai-Shek und seine KMT-Mitglieder am 1. August 1949 nach Formosa und am 1. März 1950 wurde die Republik China ausgerufen. Mit Chian Kai-Shek sind 1,3 Millionen Festländer, darunter die politische, militärische und wirtschaftliche Elite der KMT, übergesiedelt und halten seitdem die Führungspositionen. Die Ureinwohner, die malaiischen Ursprungs waren, bilden heute nur noch eine verschwindende Minderheit. Die Regierung der KMT auf der Insel verstand sich als ‚zeitweilig‘, da ihr Ziel die Zurückeroberung des Festlandes war. Diese ‚doppelte Frontstellung‘, gegen die Kommunisten auf

⁶² Auch angesichts dieser Ausweisungsgefahr handelt der Hongkonger Arbeiter flexibel und sucht nach kurzfristigen Profiten (Kook, 1998, 121).

dem Festland und gegen die einheimische Opposition, war die Grundlage der autoritären Herrschaft auf der Insel (vgl. Nohlen, 1991, 641–646.).

Bevor Taiwan die importsubstituierende Industrialisierung in Gang brachte, hatte die KMT das agrarisch genutzte Land umverteilt. Die Landreform in Taiwan wurde als erfolgreich bewertet. Asche betrachtete diese Reform als „**die einzige fundamental erfolgreiche Landreform in der Dritten Welt**“ (Asche, 1984, 83). Nach Yi hat die Reform die Vernetzung mit anderen Industrien in Taiwan ermöglicht und bildete die Basis der späteren erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung (Yi, 1986, 190). Yi u. a. übersahen jedoch die Faktoren, die diese Reform ermöglichten und die die Basis der späteren wirtschaftlichen Entwicklung schufen. Wie in der oben kurz geschilderten Geschichte Taiwans verdeutlicht, kamen 1,3 Mio. Übersiedler vom Festland auf die Insel⁶³. Sie besaßen aber die politische, militärische und wirtschaftliche Macht. Dies ist ein großer Unterschied zu anderen Entwicklungsländern, die ähnliche Boden- bzw. Landreformen durchführen wollten. So war z. B. die Reform in Korea viel schwerer angesichts der Interessenlagen. Vor allem waren in Korea die meisten Abgeordneten selbst große Landbesitzer. Die Gesellschaft war auch zur Zeit der Reformentwürfe extrem gespalten, vor allem in einen linken und rechten Flügel. In Taiwan gab es eine solche Spaltung nicht und die Machthaber waren ‚fremd‘ auf der Insel. Durch die chinesische Landreform auf dem Festland sah die taiwanesisische Regierung sich bedroht, weil sie davon überzeugt war, dass sie wegen der Besitzverhältnisse und der Inflation den Kampf gegen Mao verlieren hat.

Mit der Reform sollte das Ackerland von der Regierung gekauft und dann wieder an die ‚tatsächlichen‘ Bauern, die von dem Land leben, verkauft werden. Die Entschädigung für die enteigneten Lande wurde „zu 70 % in Naturalbonds und zu 30 % in Aktien von vier Industrieunternehmen gezahlt“ (Asche, 1984, 79). Obwohl nach der Reform „eine Reihe von ehemaligen großen Grundbesitzern die Manager oder Mehrheitsaktionäre“ (ebd.) geworden sind, haben die meisten von ihnen die Erlöse weiterverkauft und nur ein kleiner Anteil dieser Erlöse wurde in eine Fabrik oder ähnliche Geschäfte investiert (10% der durchschnittlichen Grundbesitzer und 17% der Großgrundbesitzer). Der Grund war „Mangel an Erfahrung und Gelegenheit und (...) die Tatsache, dass den Betroffenen auf dem Lande noch genügend Existenzspielraum verblieb“ (ebd.). Nach der Reform hat sich der Anteil der Pächter einschließlich Teilpächter von gesamten Familienhaushalten von 64% (1950) auf 41% (1955) und 36% (1960) drastisch verrin-

⁶³ Das macht höchstens 3% der gesamten Insulaner aus (vgl. Kook, 1998, 110.).

gert. Demgemäss hat die Zahl der Eigentümer von 36% (1950) über 59% (1955) auf 64% (1960) zugenommen (vgl. ebd. 84, Tabelle 4). Diese Veränderung ist nicht nur der Landreform selbst, sondern m.E. vielmehr der anschließend durchgeführten Agrarreform mit Bewässerungsanlagen und der Gründung von Genossenschaften, die eigentlich seit japanischen Kolonialzeit bestanden haben, sowie der Förderung der Agrarforschung, zu verdanken (vgl. Menzel, 1992, 644). Die von ehemaligen Grundbesitzern verkauften Aktien „kaufte eine schmale Minorität anderer ehemaliger Großgrundbesitzer“ (Asche, 1984, 79). Der mit der Reform errungene Reichtum floss wieder nur in die Taschen weniger.

Beim Industrialisierungsprozess funktionierte dasselbe Prinzip. Die Zwietracht zwischen den politischen und wirtschaftlichen⁶⁴ Eliten vom Festland und den einheimischen chinesischen Taiwanesen widerspiegelt sich in der Strukturierung der Industrien. Das heißt, die Kompetenz der neuen Bürokraten vom Festland war zu sehr beschränkt, um einen Entwicklungsplan gegenüber den einheimischen Unternehmen selbständig zu entwerfen. „In Taiwan hat die Regierung aus dem Festland die Schlüsselindustrien wie Eisen- und Stahlindustrie, petrochemische Industrie, Erzeugung der Elektrizität sowie Schiffbau verstaatlicht. Die anderen Industrien wurden den Einheimischen und den kleinen bis mittelgroßen Unternehmen übergeben. Sie wurden von der Regierung nicht gefördert und geschützt, aber es wurde auch nicht interveniert“ (Kook, 1998, 111). Die Hinterlassenschaft Japans hat die Regierung genauso verwaltet. Die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien veranlasst die Regierung, auf die Förderung und die Organisierung dieser Industrien mehr Gewicht zu legen. Dies hat zur Folge, dass die Regierung in der Förderung der Umstrukturierung im privaten Sektor relativ passiv und selektiv war, während sie die gesamte industrielle Struktur wesentlich aktiver regulierte.

Der erste Wirtschaftsentwicklungsplan wurde im Jahr 1953, unmittelbar nach der Landreform, ausgeführt. Wie Korea und Singapur hat auch Taiwan mit der importsubstituierenden Industrialisierung angefangen, dann hat die exportorientierte Industrialisierung das rapide Wachstum geschaffen. Anfang der 70er Jahre ist Taiwan auf die kapitalintensive Schwerindustrie umgestiegen. Diese Entscheidung war die Antwort auf die wirtschaftliche und politische Krise, die durch die politische Isolierung infolge internationaler Anerkennung Chinas und die erste Ölkrise sowie den verstärkten Wettbewerbs-

⁶⁴ Die Übersiedler vom Festland waren nicht nur aufgrund politischer und militärischer Macht die stärkste Gruppe auf der Insel, sondern sie haben „die Textilfabrikate aus Kanton, Shanghai und anderen Festlandsorten nach Taiwan, (...), oft unter **Mitnahme ihres fixen Kapitals**“ (Asche, 1984, 80, Hervorhebung nicht im Original.) auch mitgebracht.

druck auf taiwanische Produkte der Leichtindustrie am Anfang der 70er Jahre verursacht wurde. Da die kleinen und mittelgroßen Unternehmen zum Betreiben der Schwerindustrie nicht fähig waren, hat die Regierung wiederum mit staatlichen Unternehmen die Industrien umstrukturiert. Diese Politik mit den staatlichen Unternehmen weist darauf hin, dass „die taiwanische Regierung den privaten Großunternehmen nicht vertraut und dass ihre Beziehung zu privaten Unternehmen schwach und mehr oder weniger konfliktreich ist“ (Kook, 1998, 113).

Die Besonderheit der taiwanischen industriellen Struktur ist, dass die kleinen und mittelgroßen Unternehmen den größten Anteil an der Industrie besitzen. Obwohl, wie oben schon erwähnt, die Rolle der staatlichen Unternehmen größer ist als in anderen Ländern, ist die Konzentration der Industrie auf Großunternehmen im privaten Sektor viel niedriger und ihr Einfluss auf die gesamte Wirtschaft viel schwächer im Verhältnis zu andern Entwicklungsländern wie z.B. Korea. Diese Tendenz hat seit den 80er Jahren zugenommen. Der Anteil der Unternehmen, die weniger als 30 Mitarbeiter beschäftigen, macht ab 1981 fast 90% der gesamten Unternehmen (1981: 86,8%, 1991: 89,0%) aus. Der Anteil der Beschäftigten dieser Unternehmen zu gesamten Beschäftigten beträgt auch beachtliche 23,5% (1981) und 34,9% (1991) (vgl. Kook, 115, Tabelle 5). Sie sind nicht nur zahlenmäßig, sondern auch anteilmäßig von Bedeutung für den taiwanischen Export. Bei einem gesamten Exportvolumen von 16,1 Mrd. US-\$ im Jahr 1979 „sind in Taiwan die Masse der Kleinunternehmen im Export führend“ (Yi, 1986, 195). Der Anteil der Kleinunternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten lag bei 65% am gesamten Export (vgl. ebd.). Dieses Verhältnis der Klein- zu Großunternehmen widerspiegelt sich darin, dass vier von den zehn größten Unternehmen Taiwans staatliches Unternehmen sind.

Das zweite Merkmal der taiwanischen Entwicklung findet man in der Einkommensverteilung. Sie war vorbildhaft in dem Sinne der gleicheren Verteilung nicht nur für Entwicklungsländer, sondern auch für Industrieländer. Nach der von Yi aufgeführten Tabelle ist die Verteilung des Einkommens Taiwans immer gleich geworden, während die Koreas das Gegenteil zeigt. Anhand des Vergleiches der Gini-Koeffizienten, die Menzel in einer Tabelle aufgeführt hat, wird deutlich, dass Taiwan mit 0,3505 (1971) und 0,3242 (1980) zu den gerechtesten Nationen in Sachen Umverteilung der Einkommen gehört (vgl. Menzel/Senghaas, 184, Tabelle 3). Die Einkommensverteilung in Korea dagegen ist laut der unten aufgeführten Tabelle „im Laufe des raschen Wirtschaftswachstums ungleicher geworden“ (Yi, 1986, 176). Somit sieht Yi die These Adelmans, zumindest für den Fall Koreas, nicht bestätigt, dass es einen positiven Zu-

sammenhang zwischen der raschen Industrialisierung und einer egalitären Einkommensverteilung gebe⁶⁵. Yi hat diese Entwicklung Taiwans auf die Entwicklungspolitik der KMT zurückgeführt. Wie in anderen Schwellenländern Ostasiens hat auch in Taiwan die Politik mit zielbewussten Politikern, die ihre politische, wirtschaftliche und kulturelle Lage gut verstanden und effektiv genutzt hatten, die entscheidende Rolle gespielt. Yi ist aber einen Schritt weiter gegangen, indem er belegte, dass diese Politiken aus politischen Ideen von Yat-Sen Sun, der vor Chiang Kai-Shek die KMT begründet hatte und 1925 während des Machtkampfes mit den Kommunisten an einer Krankheit verstarb, stammten. Aufgrund seiner „drei Volksprinzipien, nämlich ‚Grundlehre vom Volkstum‘, ‚Grundlehre von den Volksrechten‘, ‚Grundlehre von Volkswohlstand‘ (das chinesische Wort hierfür ist ‚Minshen Chui‘), (...), konzentrierte sich die Entwicklungsstrategie auf die Wirtschafts-, die Boden- und die Sozialpolitik“ (ebd., 194–195). Nun, man kann nicht leugnen, wie wichtig und auch nötig die Rolle eines ‚guten‘ Führers in turbulenten gesellschaftlichen Situationen wie im damaligen China ist. Aber der politische Führer allein oder seine Ideologie erklären nicht die ganze geschichtliche Entwicklung, zumal sie (Chiang und Sun) haben im Festland versagt.

Tabelle: Entwicklung der Einkommensverteilung Südkoreas und Taiwans (prozentuale Anteile am Haushaltseinkommen)

Südkorea			Taiwan		
Jahr	1	2	Jahr	1	2
1965	19,3 %	41,8 %	1961	14,2 %	52,0 %
1970	19,6 %	41,6 %	1968	20,0 %	41,4 %
1976	16,9 %	45,3 %	1974	22,3 %	38,6 %
1980	15,4 %	46,7 %	1980	22,7 %	36,8 %

1 = unterste 40%, 2 = oberste 20%

Quelle: Yi, 1986, S. 177, Tabelle 1.

Singapur:

Im Vergleich zwischen den asiatischen Schwellenländern hat Singapur die Entwicklung unter schlechtesten Bedingungen angefangen. Singapur ist der kleinste Staat mit 582

⁶⁵ Es geht hier nicht darum, zu prüfen, ob Adelmans Feststellung immer noch bestehen kann. Es soll jedoch eingefügt werden, dass die Einkommensverteilung Koreas immer gerechter geworden ist: die Gini-Koeffizienten verbesserten sich mit der Zeit, und zwar folgendermaßen: 0,336 (1988), 0,310 (1993), 0,295 (1996) und 0,352 (2000) (Quelle: Korean National Statistical Office: <http://www.nso.go.kr/Magazine/KP/KS0317.xls>). Der Koeffizient zeigt infolge der Wirtschaftskrise im Jahr 1997 rückwärts.

km² Fläche und 1,6 (1960; 2,7 Millionen 1990) Millionen Einwohnern, und hat keine Agrarfläche, keine natürlichen Ressourcen, keine industrielle Tradition und hatte kein Unternehmertum. Den einzigen Weg zur Industrialisierung sah die Regierung deshalb im Humankapital und in ausländischen Investitionen in Singapur. Die Entwicklungsstrategie wurde so gewählt, dass die MNCs (Multinational Corporations) oder die GLCs (Government-Linked Corporations) die wirtschaftliche Entwicklung herbeiführen sollen. Diese Politik konnte jedoch keinen Erfolg garantieren, solange die damalige politische Lage nach der Unabhängigkeit von britischen und japanischen Kolonialmächten nicht stabil war. Um diese Politik auszuführen, brauchte Singapur eine kompetente Bürokratie und eine ‚friedliche‘ Gewerkschaft. Mit den erfolgreichen Politiken wie öffentlicher Wohnungsbau oder Förderung der Bildung errang die regierende Partei das Vertrauen Volkes und gewann die Wahl im Jahr 1968. Somit konnte die Regierung von Lee Kuan Yew beginnen, „labor’s support for good industrial relations“ (Soon/Tan, 1993, 6). zu mobilisieren.

Die Industrialisierung Singapurs kann in 5 Phasen eingeteilt werden (vgl. Soon/Tan, 1993, 8–18, Kook, 128–134). In der ersten Phase (1959–1965) konzentrierte sich Singapur auf die arbeitsintensiven importersetzenden Industrien. Nach der Kolonialzeit hatte auch Singapur Probleme, wie sie für die Dritte Welt typisch waren. Sie haben sich in Wechselwirkung mit dem rapiden Bevölkerungswachstum und ethnischen Problemen noch verschlimmert. Positiv wirkte sich die Bevölkerungszahl für das reichliche Arbeitsangebot aus. Singapur liegt in geographisch günstiger Lage in Südostasien. Nach der Kolonialzeit bestand die Wirtschaft aus Handel und Dienstleistungsindustrie, die dem Handel diente. Die Arbeitslosenquote war sehr hoch und der Markt war zu klein. 1963 wurde Singapur Malaysia inkorporiert, um Zugang zu einen größeren Markt zu schaffen. Dabei hat Singapur die importersetzende Industrie gefördert in der Hoffnung, dass sie und der neue Markt mehr Arbeitskräfte aufnehmen können. Diese Strategie war nicht erfolgreich, so dass sich 1965 Singapur wieder von Malaysia unabhängig erklärte. Die Politik des öffentlichen Wohnungsbaus und die Investitionen in Bildung haben die Basis für die spätere Entwicklung geschaffen.

Die zweite Phase (1966–1972) war durch die arbeitsintensive exportorientierte Industrialisierung gekennzeichnet. Die Unabhängigkeitserklärung, die gleichzeitig die Sperrung des Zugangs zum malaysischem Markt bedeutete, und der Rückzug der britischen Streitkräfte verstärkten den Vertrauensverlust von Investoren und erhöhten die Arbeitslosenquote. Die bevorstehende wirtschaftliche Krise wurde mit den erfolgreich betriebenen Politiken für Wohnungsbau und Bildung kompensiert und die Regierung

konnte trotz der instabilen Wirtschaftslage immer noch das Vertrauen des Volkes behalten. Ferner hat die Bildungspolitik inzwischen die Arbeitskräfte qualifiziert. Die Regierung fing mit der exportorientierten Industrialisierung an. Inzwischen hatten Regierung und NTUC (National Trades Union Congress) vereinbart, dass beide Parteien in Zukunft friedliche Beziehungen haben sollen⁶⁶. Diese ‚Eintracht‘ ermöglichte erst die ‚autoritäre‘ und interventionistische Wirtschaftspolitik der Regierung.

In der dritten Phase (1973–1978) wurde versucht, die industrielle Struktur zu verbessern. Die Erfolge in der zweiten Phase führten zur Knappheit der Arbeitskräfte. NWC (National Wage Council) wurde 1972 gegründet, in dem hauptsächlich über Lohnerhöhungen beraten wird. Zugleich wurde versucht, die Qualität der Arbeiter zu verbessern, ausländische Arbeiter zu importieren und ausländische Unternehmen einzuladen. Infolge dieser Anreizpolitik für ausländische Investoren haben zahlreiche ausländische Unternehmen in Singapur niedergelassen. Die kapitalintensive Industrialisierung wurde mehr oder weniger als gescheitert bewertet, weil die MNCs in diese Industrien nicht investieren wollten. Doch das rapide Wachstum des asiatischen Dollarmarkts „contributed to the growth of the financial and business sector, facilitated economic diversification and resulted in Singapore becoming a financial center“ (Soon/Tan, 1993, 13).

Die vierte Phase (1979–1984) ist die Umstrukturierungsphase der Industrie. Die Regierung hatte erkannt, dass ausländische Investitionen von stetigen Investitionen in die Infrastruktur und von der Qualität der Arbeiter abhängig sind. Diese Erkenntnis führte zu den Politiken, die auf Erweiterung der Infrastruktur und auf die Verbesserung der Arbeitsqualität zielten. Von 1980 bis 1983 hat die Regierung die Löhne erhöht. Der Grund war, „that low wages encouraged the inflow of labor-intensive, low-technology investments and, as such, were an obstacle to upgrading and restructuring“ (ebd., 15). Die Politik misslang jedoch, die zu erwartenden ausländische Investitionen blieben aus und die alten Investoren hatten das Land verlassen, um ihre Geschäfte in Ländern mit niedrigeren Löhnen weiterzuführen.

In der fünften Phase (1985–1990) wurde hauptsächlich die Wirtschaft diversifiziert. Den Grund für die härteste Rezession im Jahr 1985 sah die Regierung vor allem im zu hohen Lohnniveau und in der Aufwertung des Hongkong-Dollars. Nach Verhandlungen mit NTUC wurde der Lohn um 12% gekürzt. „At the same time, the government also relaxed tax rates, (...), offered rebates on site rentals in the industrial estates, and port fees, etc“ (ebd., 17). Anschließend floss japanisches Kapital in großer Menge ein und

⁶⁶ Diese Beziehung wurde „PAP-NTUC symbiotic relationship“ (Soon/Tan, 1993 S. 11) genannt.

die singapurische Wirtschaft erholte sich. Zudem erkannte die Regierung die wichtige Rolle der inländischen privaten Unternehmen, so dass die Investitionen in die Unternehmen und die Unterstützungen zunahmen.

Zu den Besonderheiten der gesellschaftlichen Entwicklung Singapurs zählt die Rolle der Politiker und der staatlichen Institutionen. Singapurische Politiker - die meisten von ihnen haben in England studiert - wurden während der Anfangsphase der Staatsbildung berühmt. Sie gewannen mit der Zeit an politischer Kraft und verfügten über ein gutes Verständnis für „global trends, a hard-headed pragmatism, a capacity for hard work, and a belief in personal and professional integrity“ (ebd., 29). Die von ihnen gebildete Partei (PAP; Peoples Action Party) regiert seit der Unabhängigkeit Singapurs, nachdem sie mit anderen Parteien die politische Macht erkämpft hat. Diese politische Kontinuität ermöglichte die gesellschaftliche Stabilität und die Kontinuität der Entwicklungspläne. Das Entwerfen der Pläne und deren Ausführungen sind die Aufgaben von zahlreichen gesetzlichen (Sonder-)Ausschüssen, die in manchen Entwicklungsländern auch beobachtbar sind und für die entwickelten Ländern mit liberalisierten Wirtschaftssystemen eher einen Störfaktor für effektive Gestaltung der Wirtschaft darstellen. Aus Sicht der anderen Entwicklungsländern sind sie jedoch effektiv. Diese Leistungsfähigkeit wurde durch folgende Konstitution der Ausschüsse ermöglicht. „In several cases, permanent secretaries and other senior officials are on the governing boards, so they participate directly in decision making and act as channels of communication between the boards and their ministers. In addition, ministers and board members often hold informal discussions before important questions of policy are considered at the board level“ (Soon/Tan, 1993, 28). Dieses Konstitutionsprinzip gilt auch für die Dachgesellschaften der SOEs (State-Owned Enterprises) und GLCs. Die Vorsitzenden dieser Unternehmen bekommen Kompetenz nicht nur durch die Koordination der Hauptziele der Unternehmen, sondern auch durch die Sicherstellung der Unternehmenspolitik, dass sie mit der Politik der Regierung übereinstimmen. Um nicht in eine Korruptionsfalle gelockt zu werden, werden sie mit hohem Einkommen und Status belohnt, zugleich werden „tough actions against anybody who is found to have abused his position“ (ebd.) angedroht. Mit solchen Institutionen bekommt die Regierung von Lee Kuan Yew die Unterstützung und das Vertrauen des Volkes. Das berühmte Beispiel dafür gäbe die Tarifverhandlungen im NWC. Ohne Vertrauen und offene Kommunikation zwischen beiden Verhandlungsparteien wären die Verhandlungen nicht möglich. Während 1979 im NWC Lohnerhöhungen bzw. eine Politik der hohen Löhne vereinbart wurde, wurde 1985 nach der schwersten Rezession Singapurs über eine Senkung der

Löhne geeinigt. Beide kommunikativen Verhandlungen, die sich auch als effektiv und als richtige Wahl für die langfristige Entwicklung und die stabile Lebensführung der Singapurer erwiesen haben, charakterisieren neben erfolgreich erwiesenen Sozialpolitiken die singapurische Industrie- bzw. Arbeitspolitik.

Zusammenfassend haben Soon/Tan dargestellt, welche Lektionen aus singapurischen Erfahrungen gezogen werden können: „Singapore’s experience points to three crucial and general lessons: (i) the importance of sound economic policies, (ii) the reinforcement of sound policies with policy implementation by a bureaucracy that is run on meritocratic lines, and (iii) government’s role in winning credibility within the state and with foreign investors. None of these is shrouded in mystery or workable only when applied in Singapore. The precise circumstance may differ from country to country, but the broad outlines are clear“ (Soon/Tan, 44). Eine vernünftige Wirtschaftspolitik gilt nicht nur in Entwicklungsländern als Erfolgsbedingung für nationales Wirtschaften. Dass die leistungsbezogene Bürokratie die vernünftigen Politiken mit Effektivität und Flexibilität ausführt, wäre im jeden Staat nützlich, solange diese Effektivität und Flexibilität anhält, keine Korruption auftritt und schließlich Bürokraten auf gemeinsame gesellschaftliche Ziele hin frei und mit gleichen Kompetenzen miteinander kommunizieren können. Für Gesellschaften, die mehr ausdifferenziert sind und noch größeres Territorium haben, stellt sich das Problem der Bürokratie anders dar, weil die direkte und schnelle Kommunikation zwischen Staatsorganen eher ein Einzelfall bleibt.

Mit der klaren politischen Linie und dem Willen zur Entwicklung der Regierung sowie den Anreizprogrammen für ausländische Unternehmen hat Singapur Glaubwürdigkeit nach außen gewonnen. Das innere Vertrauen der Regierung, das ihr solche Politik möglich gemacht hat, basiert auf einer anderen Logik. Die meisten Singapurer gehören immer noch zur so genannten ersten Generation der Revolution. Was für Lee Kuan Yew damals notwendig war, hatte auch für sie erste Dringlichkeit, nämlich die Befreiung von Armut und die Unabhängigkeit. Das Vertrauen des Volkes bekam er also dadurch, dass er diese dringlichen Bedürfnisse der Bevölkerung erkannt und relativ schnell befriedigt hat. Ferner hat die Regierung mit den erfolgreichen Sozialpolitiken das Vertrauen noch gestärkt.

Singapur hat die Industrialisierung mit arbeitsintensiven importersetzenden Industrien angefangen. Heute verfügt Singapur ein Spektrum von arbeitsintensiven exportorientierten Industrien bis hin zu Industrien mit Hochtechnologie. Auffällig ist dabei, dass Singapur seine geographische Lage nutzt, so dass der tertiäre Sektor mit Handel und

Bankwesen der größte ist. Diese Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung Singapurs wird in dem sektoralen Anteil an GDP gut repräsentiert.

Tabelle: Sectoral Shares of GDP (%)

	1965	1973	1978	1985	1990
Agriculture	3,3	2,0	1,6	1,0	0,4
Construction & Utilities	11,5	10,2	9,6	11,9	6,7
Manufacturing	19,2	28,6	27,9	22,1	26,1
Trade & Transportation	30,6	30,6	31,9	28,5	28,5
Financial & Other Service	35,4	28,7	28,9	36,6	38,3

Quelle: Auszug aus: Soon/Tan, S. 49, Tabelle 4.

4.3 Asiatisches Modell?

Die Entwicklungen von Taiwan und Singapur, mit denen die koreanische Entwicklung vergleichbar ist und zwar in Hinsicht auf den Diskurs über asiatische Werte, die wirtschaftlichen Entwicklungspläne und deren Ausführungszeitpunkt, wurden oben dargestellt. Die Staaten haben, einschließlich Korea, unter ähnlichen aber auch verschiedenen geschichtlichen, politischen und ökonomischen Bedingungen die Entwicklungspläne ausgearbeitet und ausgeführt. Die allgemeinsten Gemeinsamkeiten waren, dass sie nach dem 2. Weltkrieg zwar unabhängig, aber nicht aus eigenen Kräften, geworden sind und dass sie die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung mit Plänen unternommen haben. Sie sind innerhalb von 30 Jahren zu etablierten Wirtschaften in der Welt geworden. Die Gesellschaften wandelten und wandeln sich mit dem wirtschaftlichen Wachstum sehr schnell, erfuhren und erfahren die verschiedenen Widersprüche, die immer noch in den Gesellschaften potenzielle Konflikte darstellen, doch manchmal auch entwicklungsfördernd fungiert haben. Die natürlichen Ressourcen sind knapp oder gar nicht vorhanden, Ackerland war im Verhältnis zur Bevölkerung auch so wenig vorhanden, dass die agrarischen Produktionen die Selbstversorgung nicht gedeckt haben.

Leipziger und Thomas haben die 5 initialen Faktoren aufgeführt, die trotz dieser ungünstigen Bedingungen solche rapiden Entwicklungen ermöglicht haben. Die einsatzfähigeren und gleichzeitig disziplinierteren Arbeitskräfte im Vergleich zu anderen Drittländern haben in der Anfangsphase der Entwicklung die bessere Basis gebildet. Die dauerhafte Förderung der Ausbildung während der Entwicklung haben den Transfer von Technologie ermöglicht. Die schwache Legitimität der Regierungen verlangte Erfolge in der Wirtschaften, wohingegen dieser Faktor in den Drittländern anderer Regionen eher störend gewirkt hat. Die Einkommensverteilungen waren auch relativ gleicher. Dank der Landreformen in Taiwan und Korea sowie der Wohnungspolitik in Honkong wurden die Einkommen mehr oder weniger gleich verteilt. Die exportorientierte Industrialisierungspolitik, die aber nicht aus irgendeinem ideologischen Grund, sondern aus der unerbittlichen Realität heraus gewählt werden musste, und die Bildung des inländischen Unternehmertums mithilfe dieser Politik wurde in den Ländern genau beobachtet. Die internationalen Umstände waren auch günstig für ihre Entwicklung. Die Expansion des US-amerikanischen Marktes, die die steigende Konjunktur auf dem Weltmarkt ermöglichte, hat auch diesen Ländern geholfen, und die japanische Entwicklung war ein gutes Modell für diese Länder. Die Hilfen aus den USA haben die Finanzierung der

Entwicklung der Länder in Notlage wie Korea und Taiwan erleichtert. Auch das Arbeitsethos dieser Länder war entwicklungsfördernd (Leipziger/Thomas, 1993, 6–9).

Mit der näheren Einsicht in die einzelnen Entwicklungswege dieser Länder wird die Verschiedenheit deutlich. Obwohl diese Länder von den Kolonialmächten unabhängig geworden sind und einige Länder wie Singapur und Taiwan fast neu einen Staat bilden mussten, waren und sind die Vorgänge hin zum modernen kapitalistischen Staat in Hinsicht auf die Konstruktion der ethnischen Gruppen und die ideologische Grundlage nicht identisch. Singapur besteht hauptsächlich aus drei ethnischen Gruppen, nämlich Chinesen, Indern und einer Gruppe aus dem malaysischen Stamm⁶⁷. Die Ideologie hat in Taiwan und Korea eine besondere Rolle gespielt. Die Einzigartigkeit der Landreform in Taiwan wurde auch von der ‚Agrarrevolution‘ Maos im Festland veranlasst. Die taiwanesishe Regierung der KMT hat erklärt, dass sie nur zeitweilig, bis sie das Festland zurückerobert hat, auf der Insel bleibe. Sie praktizierte mit den USA eine antikommunistische Politik. Aufgrund der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Überlegenheit gegenüber den Einheimischen wurde sie autoritär. Die wirtschaftliche Entwicklung dient als Legitimationsgrundlage für diese Autorität. Denselben Vorgang hat auch die koreanische Regierung durchlaufen. Was Korea gegenüber von Taiwan unterscheidet, ist die Tatsache, dass es dort Gegenbewegung(en) gegeben hat. Die koreanische Landreform kann man als ‚erfolgreich‘ einstufen in dem Sinne, dass mit der Reform die alte gesellschaftliche Grundstruktur, das Verhältnis Grundbesitzer-Pächter, aufgelöst wurde. Die Landreform in Korea sollte aber noch ein anderes Ziel verfolgen. Die koreanischen Pächter haben schon in den Kolonialzeiten zahlreiche Widerstände gegen die Ausbeutung durch die japanischen Kolonialmacht organisiert. Diese Widerstände sind mit den Bewegungen für nationale Unabhängigkeit verbunden. Nach der Unabhängigkeit wurde die Stimme der Pächter, die den größten Anteil der Bevölkerung ausmachten, immer lauter. Sie wollten die alte Struktur, das alte Besitzverhältnis ändern, so dass alles Ackerland den Bauern gehören sollte. Die ‚United States Army Military Government in Korea‘ hat vor allem aus diesem Grund die Landreform geplant, nämlich um eine Revolution zu verhindern. Auch die koreanische Landreform wurde von der nordkoreanischen Reform im Jahr 1946, die das ganze Ackerland enteignet und dann unentgeltlich verteilt hat, stark beeinflusst.

Beide Länder, Taiwan und Korea, haben antikommunistischen Regierungen. Die antikommunistische Ideologie dient innenpolitisch als Legitimationsgrundlage der autoritä-

⁶⁷ Chinesen: 77%, Inder: 14%, Malaysier: 8% im Juni 2002.

ren Herrschaft, außenpolitisch dient sie der Integration in den Weltmarkt mit politischem und militärischem Schutz sowie wirtschaftlicher Hilfe⁶⁸ von den USA. Die Diktaturen in beiden Ländern stützten sich auf diese ideologischen Gegensätze. In Korea wurde nach dem Militärputsch 1962 die Unterdrückung der links eingestellten Gruppen noch stärker. Diese Gruppen in Korea hatten sich während der Kolonialzeit herausgebildet und mit nationalistischen Gruppen und den Studenten immer wieder gegen die autoritäre Herrschaft aufgebeht. Die Widerstände gegen die diktatorische Herrschaft in Korea waren somit viel häufiger und organisierter als in Taiwan. Die relativ frühe Demokratisierung Koreas im Vergleich zu anderen asiatischen Schwellenländern ist neben dem Klassenwiderspruch in Form der ungleichen Verteilung des Einkommens auch auf diese Tradition zurückzuführen. Die anderen drei Schwellenländer haben eine zu kurze Geschichte, um solche Widersprüche aufkommen zu lassen. Die ethnische Struktur⁶⁹ ist ebenfalls nachteilig für die Minderheit, wenn sie ihre Rechte beanspruchen. In Taiwan wurde im Jahr 1987 von Chiang Ching-Kuo, dem Sohn des Chiang Kai-Shek, das Kriegsrecht aufgehoben. Als er 1988 verstarb, übernahm Lee Ten-Hui als erster Taiwanese (nicht Übersiedler) das Amt. Seitdem wurde die Demokratisierung Taiwans beschleunigt (vgl. Menzel, 1992, 645). In Singapur kam es nicht zu dieser Welle im Sinne der koreanischen oder taiwanesischen Demokratisierungen. Lee Kuan-Yew, der lebhafteste Verfechter der asiatischen Werte, trat aus dem aktiven Leben zurück, bleibt aber immer noch Funktionär der singapurischen Politik. Mit seiner Autorität und erfolgreichen Sozialpolitik konnte er bislang Singapur von ‚westlicher‘ Demokratie fern halten.

In drei von vier asiatischen Schwellenländern, nämlich Taiwan, Singapur und Hongkong, bilden die (Han-)Chinesen die Hauptethnie. Sie haben eine mehrere tausend Jahre lange Geschichte mit wirtschaftlichen Aufschwüngen und Rückschlägen. Korea, das am nächsten zu China liegt, hat diese Geschichte miterlebt. Sie bleibt im gesellschaftlichen Gedächtnis und hat, wie die asiatischen Werte, den neuen Aufschwung in den ostasiatischen Ländern ermöglicht. Anders als Singapur, Hongkong aber auch Taiwan hat die koreanische Gesellschaft nach dem 2. Weltkrieg den turbulentesten Wandel und die heftigsten Unruhen erfahren. Obwohl die Ständestruktur schon während der Kolonialzeit teilweise zerstört wurde, hat die gesellschaftliche Umstrukturie-

quelle: <http://www.singstat.gov.sg/keystats/mqstats/mds/mds21a.pdf>

⁶⁸ Für Taiwan von 1951 bis 1968: 1,5 Mrd. US-\$, für Korea von 1945 bis 1970: 4,4 Mrd. US-\$ (Asche, 1984, 41).

⁶⁹ Taiwan z.B.: Ureinwohner: 413.519, Zuwanderer vom Festland: Han-Chinesen: ca. 15% von 22,45 Mio. Einwohnern (2001). Quelle: <http://www.gio.gov.tw/taiwan-website/5-gp/brief/>.

rung erst nach der Unabhängigkeit stattgefunden. Der mit der Unabhängigkeit eingeführte Kommunismus und Kapitalismus hat nicht nur den Staat, sondern die ganze Gesellschaft, insbesondere im südlichen Teil, zwei Lager geteilt. Die Bauern, die zu dieser Zeit den größten Anteil der Bevölkerung ausmachten⁷⁰, verlangten die egalitäre Landreform. Die Landreform war für die Grundbesitzer unausweichlich, denn ohne Reform schien selbst die minimale gesellschaftliche Ordnung, die ihren Reichtum sicherstellen sollte, auch wenn er kleiner geworden wäre, unmöglich zu sein. Die Bauern, die in der Kolonialzeit mit zahlreichen organisierten Streiks gegen die japanische koloniale Ausbeutung protestiert hatten, blieben immer noch organisiert und rückten den Grundbesitzern bedrohlich näher. Die große ideologische Gegenüberstellung von mindestens zwei Interessenlagen, abgesehen von den zahlenmäßigen Größen, bildete sich so heraus. Darüber hinaus haben die Rückkehrer aus dem Ausland, vor allem aus Nordchina (Mandschurei) und Japan, und die Flüchtlinge aus Nordkorea den Bevölkerungsdruck erhöht⁷¹.

Tabelle: Produktionsanteil nach Industriesektoren am BIP (%)

	1. Sektor			2. Sektor (Gesamt/Verarbeitende)			3. Sektor		
	1975	1985	1994	1975	1985	1994	1975	1985	1994
Taiwan	12,7	5,8	3,6	39,9/30,9	46,3/37,6	37,3/29,0	47,4	47,9	59,1
Hongkong	1,3	0,5	N/A	32,5/25,1	29,9/22,1	N/A	66,2	69,6	N/A
Korea	24,5	12,5	7,0	33,6/29,3	41,0/29,3	43,0/26,9	42,0	46,5	50,0
Singapur	1,9	0,8	0,2	34,1/23,9	36,6/23,6	36,1/27,0	64,0	62,6	63,7

Quelle: Kook, S. 135, Tabelle 13.

Die unterschiedlichen Entwicklungswege, die aus unterschiedlichen Anfangsbedingungen in politischer, sozialer, geopolitischer und internationaler Hinsicht resultierten, repräsentieren sich in der industriellen Struktur. In Korea haben die Großunternehmen (Chaebol) den größeren Anteil an der Produktion, Taiwan hat eine gemischte Struktur von öffentlichen Unternehmen und privaten kleinen bis mittelgroßen Unternehmen. In Singapur und Hongkong ist der Dienstleistungssektor am größten. Während in Singa-

⁷⁰ Ca. 14 Mio. von 20 Mio. Einwohner im Jahr 1949 lebten von der Landwirtschaft. Ca. 13 Mio. von 21,5 Mio. gehörten im Jahr 1955 den bäuerlichen Haushalten an. (http://www.maf.go.kr/01_intro/01_0501.asp). Im Jahr 1942 waren 53,8% der Bauernhaushalte Vollpächter, 23,9% Teilpächter (Shin, S. 246).

⁷¹ Sie machten insgesamt 3,20 Mio. aus. 2,54 Mio. sind zwischen 1945 und 1949 aus dem Ausland und 6,5 Mio. zwischen 1950 und 1953 aus Nordkorea sind eingewandert (Kwon, S. 207–210).

pur die großen internationalen Unternehmen (MNC) die Hauptrolle in der Wirtschaftsleistung übernehmen, sind in Hongkong die kleinen Unternehmen am häufigsten zu finden. Diese unterschiedliche Industrialisierungsgeschichte spiegelt sich auch in dem sektoralen Anteil der Produktion wider.

Nach dem 2. Weltkrieg haben nicht nur diese asiatischen Länder den gesellschaftlichen Wandel und verschiedene Konflikte durchlaufen. Was diese asiatischen Schwellenländer gemeinsam hinter sich haben, haben auch die Länder in anderen Regionen erfahren, wenngleich die Stärke oder die Art von Verflochtenheit der Widersprüche und Konflikte nicht identisch sind. Drei der vier asiatischen Schwellenländer haben durch ausgewogene Industrialisierungspläne von starken Staaten ihre wirtschaftlichen Entwicklung erreicht. In den meisten Ländern wurde die Demokratisierung dabei stillschweigend oder auch mit Gewalt unterdrückt. In Hinsicht auf Menschenrechte sind sie nach ‚westlichem‘ Standard immer noch ‚unterentwickelt‘. Die Demokratisierung und die wirtschaftliche Entwicklung seien die zwei wichtigen Achsen, die nicht voneinander unabhängig entwickelt werden (sollen) und an denen die gesellschaftliche Entwicklung gemessen wird. Diese Ansicht wurde von verschiedenen Autoren, u.a. Kim Dae Jung und Senhaas, vertreten. Die Demokratisierung habe der Geschwindigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung deshalb nicht folgen können, weil diese Länder autoritären Regierungen haben. Sie stellen einerseits die wirtschaftliche Entwicklung als eine wichtige Voraussetzung für die Demokratisierung hin, andererseits kritisieren sie die autoritären Regierungen, die diese wirtschaftliche Entwicklung in Gang gesetzt haben.

Dagegen wird auch die Intervention des starken Staates in die Wirtschaft betont, vor allem in der Anfangsphase der Entwicklung. In den Ländern, wo die Voraussetzungen für eine autonome Wirtschaftsentwicklung noch nicht ausgereift sind, soll der Staat die Aufgabe der Steuerung übernehmen. In Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung wird jedoch auch die Rolle des Marktes betont, also dass der Markt ohne starken Staat die Entwicklung fördern kann und dass die Intervention die Wirtschaft verzerrt und schließlich gegen die Entwicklung wirkt. Im Grunde genommen interveniert der Staat in jedem Land in den Markt. Am deutlichsten kann man das in der Finanzpolitik beobachten. So gesehen handelt es sich nicht um die Quantität der Intervention, sondern um deren Qualität, auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern. Genau genommen geht es darum, ob die Intervention legitim ist und ob sie effektiv und effizient für die Wirtschaft bzw. den Markt ist⁷².

⁷² Vgl. Rodrik (1992 und 1997) und Bardhan (1993) sowie Wade (1990, 24-33).

Wenn die Welt nur aus der Sicht des Universalismus beobachtet wird und so von den jeweiligen Besonderheiten abstrahiert wird, gehen auch die Punkte verloren, wie die beiden, nämlich die Demokratisierung im ‚westlichen‘ Sinne und die wirtschaftliche Entwicklung, ‚getrennt‘ zu werden scheinen, oder wie die Wirtschaft ohne nennenswerte Demokratisierung weiter entwickelt wird, oder nicht zuletzt, wie solche autoritären Regierungen gebildet und fortbestehen können. In den etablierten westlichen Marktwirtschaften gibt es verschiedenartige Wirtschaftsformen, Regierungsformen und Verfassungen. Es handelt sich also um die Qualität der Intervention, nicht um die Quantität. Man kann gut beobachten, dass mit verschiedenen Sozialpolitiken die autoritäre Intervention z.B. in Singapur legitimiert wird, so dass Konsens und Vertrauen der Bevölkerung entsteht.

In Bezug auf die Legitimität der Autorität oder die Entwicklung der Demokratie zeigt Korea jedoch ein ganz anderes Bild. In Korea wurde der minimale Konsens darüber, dass das Land möglichst schnell aus der absoluten Armut befreit werden soll, durch die erfolgreiche Entwicklung und vor allem durch die Zunahme der ungleichen Einkommensverteilung zerplatzt. Mit dem zerplatzten Konsens war die Bevölkerung von der Korruption der Politiker in 80er Jahren noch tiefer enttäuscht. Das Attentat auf den ‚Entwicklungsdiktator‘ Park entstand in einer Phase jahrelanger ‚Stagflation‘⁷³ und bei wachsender Ungleichheit der Einkommensverteilung und hoher politischer Unzufriedenheit der Bevölkerung. Es geht um das Vertrauen zwischen Regierung und Bevölkerung, ob die staatliche Intervention legitimiert wird bzw., ob es der Bevölkerung mit den intervenierenden Politiken besser geht. Nur in diesen Zusammenhängen wird schließlich die Qualität der staatlichen Intervention bewertet. Und nur aufgrund des Ergebnisses der Wirtschaft, der Wirtschaftsleistung, wird überhaupt beurteilt, mit welcher Alternative die Wirtschaft funktioniert.

⁷³ Vgl. Högel, 1993, S. 165, Abbildung 6, Inflations- und Wachstumsraten 1971–1990.